



Attersee Report

Die Kosmopolis

Thomas Grischany · Die Globalisierung unserer Welt
Arnulf Helperstorfer · Das Ende des Universalismus
Norbert Nemeth · Schiller! Nicht Goethe.



Ausgabe Nr. 35 · Juni 2023



*Imagine there's no countries
It isn't hard to do
Nothing to kill or die for
And no religion, too*

John Lennon

Coverbild:
Graffiti in Louvain-la-Neuve, Belgien

Abbildung auf dieser Seite:
The Cliff of Craonne,
Francois Flameng, 1926

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren!



Ich weiß nicht, wie es Ihnen dabei ergeht, mich jedenfalls beschleicht – vor dem Hintergrund der multiplen Krisen – zunehmend das Gefühl, dass da jemand drauf und dran ist, den Sack zu schließen. Die Art und Weise unseres Zusammenlebens erodiert in atemberaubender Geschwindigkeit. Dies ist offensichtlich! Nicht offensichtlich ist, wer der Autor des globalen Drehbuches ist.

Hier die unkontrollierte Massenzuwanderung, welche die ethnische Zusammensetzung unseres Staates verändert. Dort die „Woke-Bewegung“, die uns weißmachen will, dass es mehr als zwei Geschlechter gäbe und man diese nach Belieben auswählen könne. Hier die Klimahysterie, die im Begriff ist, unsere auf Privateigentum basierende Wirtschaftsordnung zu zersetzen. Dort die EU, die über die Köpfe ihrer Mitgliedstaaten und deren Bürger hinweg all das vorantreibt. Was bleibt, ist die Frage: in wessen Interesse?

Schlägt dieses Rätsel auf, erinnere ich mich stets an Christoph Ransmayrs 1995 erschienenen Roman *Morbus Kitahara*, den Wikipedia wie folgt beschreibt: „*Es handelt sich um eine dystopische Alternativweltgeschichte, in deren beschriebener Welt ein im Krieg besiegt Land (Parallelen*



zu Deutschland und Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg) nach der Niederlage deindustrialisiert und in eine Agrargesellschaft zurückverwandelt wird (Parallelen zum Morgenthau-Plan).“

Dass die Handlung an einem oberösterreichischen See angesiedelt ist, macht diesen Roman für uns besonders interessant.

(Dass es sich nicht um den Attersee handelt, soll kein Schaden sein.) Es sind aber nicht nur die Parallelen zu unserer engeren Heimat, die Christoph Ransmayrs Werk lesenswert machen. Es ist vor allem der Titel, der besondere Aufmerksamkeit verdient: *Morbus Kitahara*, die allmähliche Verfinsternung des Blicks – ein rätselhaftes Leiden am Auge, das Wahrnehmungsstörungen und Bildverzerrungen hervorruft.

Wer den Roman von 1995 – Sie erinnern sich, es war das Jahr des EU-Beitrittes Österreichs – gegen das Licht der Gegenwart hält, will wissen, ob unsere Gesellschaft aktuell an einer kollektiven Verfinsternung des Blicks leidet. Leidet sie daran? Den eigenen Niedergang in eine oktroyierte „Alternativlosigkeit“ verzerrend? Mit Gewissheit. Wer kein Teil dieser Gewissheit sein will, ist im Atterseekreis gut aufgehoben und herzlich willkommen.

Herzlichst Ihr
ParlRat Mag. Norbert Nemeth
Herausgeber

Inhalt



Theorie:

Die wahre, große Polis	6
Die Globalisierung unserer Welt	8
Politês tou kosmou	12
Kosmopolitismus – Universalismus – Globalismus	15



Praxis:

Das Ende des Universalismus	16
Kommunistopolitismus	23



Feuilleton:

Schiller! Nicht Goethe.	24
Novus ordo seclorum	31
Adhara	34
Impressum	35

Editorial

Werte Leser!



„Ich saß einstmals mit 25 Feurröhren [...], hielte meiner Gewohnheit nach selbst Schildwacht, weil wir dem Feind nahe waren; da kam ein einziger Mann daher, fein ehrbar gekleidet, der redete mit ihm selbst [...].“ So begegnet es dem abenteuerlichen Simplicissimus im III. Kapitel des III. Buches von Hans Jacob Christoph von Grimmelshausens gleichnamiger Erzählung. Schnell springt der wilde Degen auf die Straße: *„Der Herr wird ihm belieben lassen, vor mir hin in Busch zu gehen, wofern er nicht als Feind traktiert sein will!“*, ruft er aus.

„Solcher Traktation ist meinesgleichen nit gewohnt!“, kommt die Antwort des Überraselten, und sie birgt eine große Überraschung, denn Simplicius wird *„bald innen, dass ich anstatt eines Fürsten einen Phantasten gefangen hätte, der sich überstudiert und in der Poeterei gewaltig verstiegen, denn da er bei mir ein wenig erwarmte, gab er sich vor den Gott Jupiter aus. Ich wünschte zwar, dass ich diesen Fang nicht getan; weil ich den Narrn aber hatte, musst ich ihn wohl behalten.“*

Weil Simplicius so sehr dem Ganymed gliche, erzählt ihm der „Jupiter“ freimütig, er sei vom Himmel runtergekommen, um die Wahrheit über die Laster der Menschen zu erkunden. Er werde sie gleichwohl nicht mehr mit Feuer und Wasser ausrotten, sondern ihnen einen Helden schicken, der alle Welt vereinigt, und jener werde *„den größten Potentaten in der Welt befehlen und die Regierung über Meer und Erden so löblich anstellen, dass beides, Götter und Menschen ein Wohlgefallen darob haben. [...] [Er wird] die Städt miteinander auf ewig vereinigen, die Leibeigenschaften samt allen Zöllen, Akzisen, Zinsen, Gülden und Umgelten durch*



ganz Teutschland aufheben, und solche Anstalten machen, dass man von keinem Fronen, Wachen, Kontribuieren, Geld geben, Kriegen, noch einiger Beschwerde beim Volk mehr wissen, sondern viel seliger als in den Elysischen Feldern leben wird.“

Da werde dann das ganze Volk eines Standes sein und vergnüglicher leben als jetzt die Könige, das Römische Kaisertum werde er auch wieder aufrichten und den vielgeplagten Deutschen die Beherrschung über die Welt geben. Das Land werde ganz voll sein von Musen, Tugenden und Überfluss, angeführt von weisen Parlamentsherren in einem Tempel voller Edelsteinen, Kunst und Raritäten, sodass, *„wie zu Augusti Zeiten, ein ewiger beständiger Fried zwischen allen Völkern in der ganzen Welt sein [wird].“*

Wenn der Universalfrieden verschafft ist und die Vereinigung der Religionen gemacht, aber einer nicht spurt, dann freilich wird er *„ihnen sein wunderbarlich Schwert weisen, und sie also erstlich mit Güte, endlich mit Ernst und Bedrohungen dahin bringen, dass sie ad rem schreiten und mit ihren halsstarrigen Meinungen die Welt nicht mehr wie vor alters foppen: Nach erlangter Einigkeit wird er ein groß Jubelfest anstellen und der ganzen Welt diese geläuterte Religion publizieren; und welcher alsdann darwider glaubt, den wird er mit Schwefel und Bech martyrisieren.“*

„Überaus lustig und männiglich nützlich zu lesen“, nennt das barocke Titelblatt 1669 den abenteuerlichen Simplicissimus. Wenn wir es doch 350 Jahre später auch nur mit bloß einem falschen „Jupiter“ zu tun hätten! Wer wird heute alle die Phantasten aufgreifen und „in Busch“ gehen lassen?

Ihr Jörg Mayer, Chefredakteur

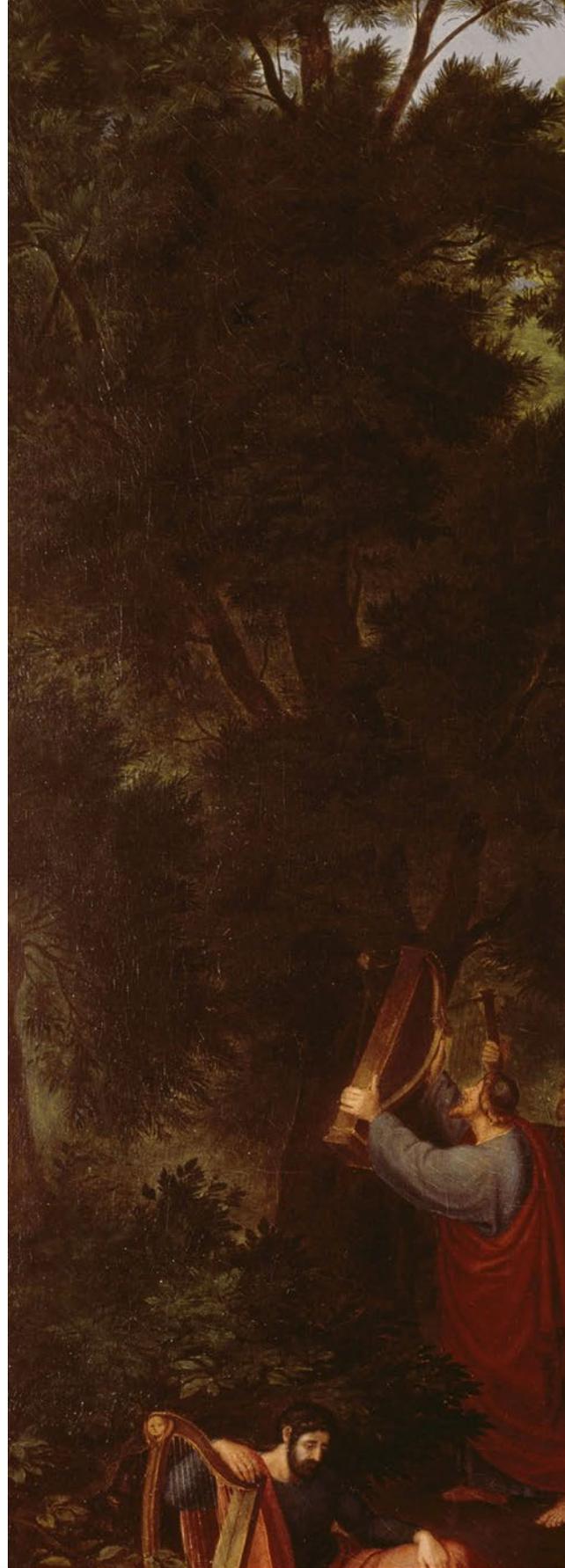
Die wahre, große Polis



Die vorherrschende Theorie stellte den Menschen nicht mehr hauptsächlich in den Zusammenhang der Polis, wie es Plato und noch Aristoteles getan hatten, sondern in den des Kosmos, der zuweilen auch als „wahre und große Polis für alle“ bezeichnet wurde. Ein guter Bürger des Kosmos zu sein, ein *kosmopolites*, ist die moralische Bestimmung des Menschen. Sein Anspruch auf dieses Bürgerrecht beruht einzig und allein darauf, daß er *logos*, Vernunft, besitzt – das heißt auf dem Prinzip, das ihn als Menschen auszeichnet und ihn in unmittelbare Beziehung zum selben Prinzip stellt, welches das Universum regiert. [...]

[D]ie Praxis der Assyrer und Babylonier, ganze eroberte Völker, oder genauer, ihre sozial und kulturell führenden Schichten zu expatriieren und zu verpflanzen, [hatte] in vielen Regionen außerhalb der alten Zentren die Kräfte für ein kulturelles Wachstum zerstört. Dieses Schicksal ist zuweilen auch über Völker in ihrer kulturellen Jugend hereingebrochen, denen die Entfaltung ihrer Möglichkeiten erst noch bevorstanden hätte. Die so erreichte Verwaltbarkeit des Reiches mußte die Zentralregierung mit dem Versiegen der möglichen Quellen zu ihrer eigenen Regeneration bezahlen. Darin liegt zweifellos einer der Gründe für die Erstarrung der alten Zentren. Dadurch, daß sie im ganzen Reich die nationalen und regionalen Lebenskräfte gebrochen hatten, hatten sie sich gleichsam mit einer Wüste umgeben.

- Hans Jonas, Gnosis – Die Botschaft des fremden Gottes





Theorie

Die Juden in der Babylonischen Gefangenschaft,
Ferdinand Olivier, um 1830

Thomas Grischany

Die Globalisierung unserer Welt

Neuzeit – Moderne – Gegenwart



Das Wort „Globalisierung“ stößt bei vielen Zeitgenossen, darunter vermutlich manch geneigter Leser des Attersee Reports, auf starke Ablehnung. Jedoch ist dessen Bedeutung nicht immer eindeutig. Dieser Beitrag versucht, mehr Klarheit und Struktur in einen Begriff zu bringen, der wegen seiner Komplexität schwer zu fassen und daher wenig für die Reduzierung auf ein Schlagwort – ob positiv oder negativ konnotiert – geeignet ist.

Im Grunde ist die Geschichte des Homo Sapiens seit der Entstehung dieser Spezies mit Globalisierung verbunden, gehört die Gattung Mensch doch seit ihrer Auswanderung aus der afrikanischen Urheimat zu den wenigen Säugetieren, die praktisch über die ganze Welt verbreitet sind. Einige Tiere, wie Hunde und Rinder, haben dies erst im Gefolge des Menschen geschafft. In der Essenz bedeutet Globalisierung nämlich nichts anderes als „Weltweitwerdung“. Daher gehören dazu unter anderem folgende Probleme, mit denen sich die gesamte Menschheit in der jüngsten Vergangenheit konfrontiert sah: Krankheiten wie AIDS und COVID-19, Klimawandel, Bevölkerungswachstum und Migration, Umweltverschmutzung sowie soziale Ungerechtigkeit und Ausbeutung wie z.B. Menschenhandel oder die Unterdrückung von Frauen.

Bei den sozialen Problemen ist augenscheinlich, dass es einen weltweiten Zusammenhang gibt, z.B. ziehen reiche Länder Migranten aus armen Ländern an oder können sich ausländische Lohnsklaven leisten. Die Ursache liegt darin, dass die Menschen zwar global vernetzt sein mögen, doch ihre Gesellschaften nach wie vor nicht gleich sind, insbesondere was deren Fähigkeit, Wohlstand zu schaffen, betrifft. Ist es sohin der eigentliche Sinn der Globalisierung, dass sie von gewissen Gesellschaften betrieben wird, um deren Reichtum zu erhalten und andere davon abzuhalten, den gleichen Reichtum zu erlangen? Das wäre genau das, was Linke an dem auszusetzen ha-

ben, was heutzutage gemeinhin unter Globalisierung verstanden wird, nämlich eine wirtschaftliche Weltherrschaft infolge Errichtung weltweiter Märkte durch die Verflechtung der Volkswirtschaften. Trotz ihrer grundsätzlich universalistischen Grundhaltung tendieren dem Sozialismus nahestehende Personen daher zu der Meinung, dass diese Form der Globalisierung die Ausbeutung nur verlagere und verschlimmere, obwohl tatsächlich die Zahl der Armen weltweit konstant und rasant abnimmt.

Aber nicht nur Linke stoßen sich an der globalen Weltwirtschaft. Gesundheitsbewusste jeglicher Couleur fürchten um die Qualität ihrer Lebensmittel, etwa durch Freihandelsabkommen und die Konkurrenz billiger aber wenig hochwertiger Produkte. Die größte Ablehnung findet sie daher bei Konservativen und Nationalgesinnten, weil diese die Eigenständigkeit ihrer Kulturen und Unabhängigkeit ihrer Nationalstaaten bedroht sehen. Am ehesten sollte die Globalisierung bei den Wirtschaftsliberalen auf Wohlwollen treffen, da diese im Prinzip des Handels angelegt ist: Ich tausche etwas, von dem ich viel habe, gegen etwas, wovon ich nichts oder nur wenig habe.

Solange dieses Tauschverhältnis nicht dazu führt, dass jeder jederzeit alles zu einem fairen Preis bekommen kann, enthält das Projekt freilich Elemente der Ungleichbehandlung und Übervorteilung. Vor allem ist fraglich, wer in diesem System nun die maßgeblichen Entscheidungen trifft? Würden sich,



wenn die Nationalstaaten weitgehend aus dem Spiel genommen sind, die internationalen Großkonzerne auch für das Wohlergehen der Menschen in den wirtschaftsschwächeren Weltgegenden einsetzen oder nur an ihren eigenen Vorteil denken? Eher Ersteres, wenn man bedenkt, dass etwa die großen Pharmakonzerne das gleiche Medikament in den entwickelten Ländern zu einem ungleich höheren Preis als in den unterentwickelten verkaufen, aber diese zuerst an den ärmeren Bevölkerungen testen, weshalb die reichen Länder wiederum gerne den höheren Preis bezahlen. Insofern treffen sich hier die Vorbehalte von rechten wie linken Globalisierungsgegnern.

Niemand kann vorhersagen, wie das Projekt ausgehen wird, aber es ist aufschlussreich, wie es zu der gegenwärtigen Konstellation gekommen ist, die ja nicht nur wirtschaftliche Züge aufweist und bloß der vorläufige Endpunkt einer Entwicklung ist, die sich in mehreren Phasen ereignete und bei der die Europäer eine Schlüsselrolle spielten.

Am Anfang waren Schiff und Segel

Der erste bedeutende Schritt in die Globalisierung unserer Welt waren die großen Entdeckungen der frühen Neuzeit. Davor war der Indische Ozean bereits die Drehscheibe des Wirtschafttraumes Afrika-Europa-Asien, der aus altweltlicher Sicht die gesamte damals bekannte Welt umfasste, angetrieben von den ökonomischen „Powerhouses“ Indien und China. Beginnend mit den Portugiesen, brachten die Europäer nicht nur den Indischen Ozean unter ihre Kontrolle, sondern verbanden dieses bestehende Handelssystem mit der Neuen Welt zu einem neuen und nunmehr weltweiten Wirtschaftsraum, versinnbildlicht durch den „Atlantischen Dreieckshandel“: Afrika lieferte

Sklaven für die Plantagen in den Americas; Güter aus der Neuen Welt (vor allem Bodenschätze, Grundnahrungsmittel, Zucker, Tabak und Baumwolle) gelangten nach Europa; und die Europäer schickten Fertigwaren (wie z.B. Waffen) an ihre Stützpunkte in Afrika.

So konnte nun beispielsweise Spanien amerikanisches Silber benutzen, um nicht nur seine Kriege zu finanzieren, sondern auch Luxusgüter wie Seide oder Porzellan aus China zu kaufen. Und es gründete nicht zufällig das erste Reich, in dem die Sonne nie unterging. Bisher unbekanntes amerikanische Lebensmittel wie Erdäpfel, Mais und Bohnen führten in allen (!) Weltteilen zu einem gewaltigen Wachstum der Erdbevölkerung, die zwischen 1500 und 1800 von 425 Mio. auf 900 Mio. Menschen anstieg. Ansonsten waren die Afrikaner wegen der Sklaverei ein Verlierer des globalen Systems. Auch Amerika verlor durch importierte Epidemien einen Großteil seiner Urbevölkerung, die im vermutlich größten Bevölkerungsaustausch aller Zeiten durch afrikanische Sklaven und europäische Einwanderer ersetzt wurde.

Der wirtschaftliche Aufschwung Europas seit 1500 war begleitet von einem enormen Fortschritt in Wissenschaft und Technik, sodass um 1900 praktisch die gesamte Welt von Weißen kontrolliert wurde, was man ebenfalls als Globalisierung, allerdings in Form einer „Europäisierung“, ansehen könnte, wenn man die USA im Wesentlichen als eine europäische Tochterkultur begreift. Treffender wäre wohl der Begriff „Verwestlichung“, weil damit die unzweifelhafte „Amerikanisierung“ der Welt durch Hollywood, Coca Cola, Jeans, Rockmusik und McDonald's automatisch miteinbezogen wird.

Über seine Kolonien direkt und durch seine militärische, politische und wirtschaftliche Überlegenheit



Kabelverleger des 19. Jahrhunderts: *Telegraph Cable Fleet at Sea*, Robert Charles Dudley, 1865

indirekt exportierte Europa auch genuin europäische Ideen in den Rest der Welt: Die bedeutendsten „-ismen“ im internationalen politischen Diskurs – wie Sozialismus, Liberalismus, Nationalismus, Konservatismus oder Kapitalismus – sind westliche Konzepte. Interessanterweise ist auch das Christentum, neben dem Islam wohlgerneht, die einzige Religion, die (seit ihrer Verpflanzung nach Europa?) globalistische Züge angenommen hat. Machtpolitisch wurde die europäische Dominanz nach 1945 abgeschüttelt, aber was wäre die heutige Welt ohne Atomphysik, Auto, Elektrizität, Flugzeug, Genetik, Impfstoffe, Internet, Kühlschrank, Mikroskop oder Telefon?

Die Verwestlichung der Welt erscheint also unstrittig zu sein. Aber geschah sie zufällig? Spätestens seit der Aufklärung dachten Europäer doch, im Besitz universal gültiger Wahrheiten und des Schlüssels zur Beglückung aller Menschen, Stichwort: „Menschenrechte“, zu sein – ein Sendungs- und Selbstbewusstsein, das sich noch in den USA, deren Gründerväter allesamt begeisterte Aufklärungs-Fans waren, erhalten hat. Das Deutschland der Intellektuellen im 18. Jahrhundert war eine Hochburg des Kosmopolitismus. So gesehen ist die aufklärerische Überzeugung, die ganze Menschheit erlösen zu können, in ihrem Kern nicht so verschieden von der späteren Idee des

Kolonialismus, derzufolge die Welt eine bessere wäre, wenn sie je nachdem englisch, französisch, deutsch etc. wäre. Auch der pseudowissenschaftliche Rassismus ist ein Kind der Aufklärung, und Leute wie Karl Marx und Adolf Hitler dachten ebenfalls, mit ihren Ideologien der Menschheit einen Dienst zu erweisen.

Ein Segen für alle oder eine Waffe für wenige?

Ist somit die heutige Globalisierung tatsächlich nur eine Methode des Westens, seine Vorherrschaft zu bewahren oder zu reinstallieren? Das könnte allenfalls für die Wirtschaftsmacht der USA gelten, aber wohl kaum für Europa. Wohl nicht zufällig erfolgte die Gründung der wichtigsten globalistischen Organisationen (wie Völkerbund/UNO, GATT/WTO, IMF etc.) vor dem Hintergrund schwindender europäischer und zunehmender amerikanischer Macht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Auch wenn europäische Länder heute (noch) zu den Reichen zählen mögen und als Konsumenten von billig produzierten Produkten profitieren sollten, so weisen alle langfristigen Entwicklungsprognosen nach unten. Auch politisch spielen die Europäer keine Rolle, nicht einmal im Rahmen der EU, deren Fortbestand alles andere als gesichert ist. Die typisch



Kabelverleger des 19. Jahrhunderts: *Deck of Great Eastern, Aft: the Paying-out Machinery*, Robert Charles Dudley, 1866

europäische Vorstellung, dass man eine moralische Supermacht sei, deren Werte (von durchaus ernstzunehmenden wie der Demokratie bis hin zu albernem wie LGBTIQ+) von allen Kulturen zur Besserung der Menschheit übernommen werden sollten, wird zunehmend als Anmaßung abgelehnt oder einfach nur noch belächelt. Auch wenn westliche Denkkonzepte noch eine wichtige Rolle in der Welt spielen sollten, bedeutet das nicht, dass die anderen Kulturen nicht ihre eigenen und noch wirksameren Werte und Denkmuster hätten. So könnte beispielsweise das chinesische System in seinem Wesenskern eher konfuzianischer als marxistischer Natur sein. Viele Moslems mögen Coca Cola trinken, Blue Jeans tragen und Mobiltelefone benutzen, aber sie besitzen auch eine Glaubenskraft, die uns Europäern mittlerweile fremd ist und die man nicht kaufen kann.

Von einer Welt, in der alle Menschen die gleichen Werte teilen, also einer einheitlichen Weltkultur, sind wir weit entfernt. Das Einzige, was die bedeutendsten religiösen und weltlichen Denksysteme – wie Buddhismus, Konfuzianismus, Taoismus, Hinduismus, Zoroastrismus, griechische Philosophie und die monotheistischen Religionen – gemeinsam haben, ist, dass der Mensch im Mittelpunkt steht. Somit existiert eine Art globaler Humanismus. Nur welche kon-

kreten Rechte sich daraus ableiten lassen, auf welche Art der Mensch leben soll oder wie er Erlösung im Jenseits erlangt (was oft miteinander zusammenhängt), wird unterschiedlich beantwortet.

Zum Abschluss soll nach den materiellen und geistig-kulturellen Gütern auch die Frage nach dem Menschen an sich gestellt werden, denn mit Globalisierung könnte auch die physische Vermischung aller Menschen in ein Einheitsvolk verstanden werden. Auch davon sind wir weit entfernt. Die einzige Weltgegend, in der derzeit dramatische demographische Umwälzungen stattfinden, ist Europa, während niemand findet, dass Afrika „zu schwarz“ oder China „zu gelb“ sei. Obwohl die große Mehrzahl der Europäer die damit einhergehenden Begleiterscheinungen wie höhere Kriminalität oder Islamisierung ablehnt, wird das Problem von Europas Eliten und den politisch Verantwortlichen geleugnet.

Somit liegt auch diese Form der Globalisierung wohl nicht im Interesse der Völker Europas und ihrer Nationalstaaten, deren Schwächung aber wiederum den Gefallen radikaler Globalisten der wirtschaftsliberalen sowie links-internationalistischen Prägung finden dürfte. Inwieweit diese Kräfte daher bewusst der Masseneinwanderung Vorschub leisten, mag jeder für sich beantworten.

Jörg Mayer

Politês tou kosmou

Über den Wert einer vor-globalistischen europäischen Idee



Im vorangegangenen Beitrag ist ein außerordentlich *modernes* Konzept erörtert worden. Denn ohne die technische Durchdringung des globalen Raumes, wie sie heute möglich ist, ist jene wirtschaftliche, kulturelle, ethnische und politische Vereinheitlichung der Welt, die in unserer Gegenwart absichtsvoll betrieben wird, nicht denkbar. In diesem Beitrag wird das Thema aus anderem Lichte beleuchtet und das historische Verdienst kosmopolitischen und universalistischen Denkens erörtert.

In *medias res*: Worin markiert sich der Kulturfortschritt, den Kosmopolitismus und Universalismus gegenüber der Lebenswelt einer Polis oder *civitas* aufweisen (um hier dieses lateinische Wort zu borgen, das je nach Kontext „Stamm“, „Stadt“ oder „Staat“ heißen kann)? Die längste Zeit verlebte unsere Gattung in Kleingruppen, sie sind die natürliche Größe menschlicher Gemeinschaft, die unser mentaler Apparat adäquat erfassen kann. Die Familie lässt sich erweitern zur Sippe, diese auf die Stadt als kultisches Zentrum hin vergrößern, doch irgendwo scheint die Grenze der Volkszahl erreicht, ab der die Homogenität den Fliehkräften nicht mehr gewachsen ist.

Wenig verwunderlich, begegnen kulturelle Ansätze, die den Raum des eigenen Kultus transzendieren, bereits in den Frühen Hochkulturen ab dem Moment, da sich die Herrschaft einer *civitas* über andere, etwa auf dem Wege der Eroberung, in dauerhafter Weise ausdehnt. Wo eine besiegte Stadt nicht geschleift, seine Bevölkerung nicht ermordet oder versklavt, sondern in das eigene Herrschaftsgefüge integriert wird, beginnt sich die Frage nach der Repräsentanz dieses Verhältnisses zu stellen. Als Möglichkeit erscheint die Vernichtung des unterlegenen Kultes und seine Unterwerfung unter die siegreiche Gottheit. Sozial verträglicher erweisen sich nun aber die Bildung eines gemeinsamen Pantheons und/oder die Identifikation der verschiedenen Kulte. Im ersten Falle wird z.B. eine gemeinsame Götterfamilie genealogisch-hierarchisch zusammengestellt, mit dem Gott

der beherrschenden *civitas* obenan. Im zweiten Falle werden Götter mit derselben Funktion als derselbe Gott unter verschiedenem Namen gleichgesetzt. Auf diese Art entstanden jene mesopotamischen, ägyptischen, griechischen usw. Mythologien, in denen sich um komplizierteste Götterfamilien ein Reichtum an variantenreichen Erzählungen rankt.

Der monotheistische Universalismus

Ein Beispiel für diesen Vorgang stellte einst auch der altisraelische Wettergott Jahwe dar, der noch in der Königszeit mit seiner Gattin Aschera und Kindern dargestellt wurde und, nicht anders als die Baalim u.v.a., als Gott an verschiedenen Orten identifiziert wurde – als der Jahwe von Samaria, der Jahwe von Beerscheba usw. Erst die Kultzentralisierung, mit ihrem Kampf gegen konkurrierende Höhenheiligtümer und der Verbannung aller anderen Götterstatuen aus dem Tempel, formte aus dem tribalistischen Nebeneinander einen gemeinsamen nationalen Kultus. Der Schritt in die Universalisierung erfolgte schließlich als Reaktion auf die Eroberung Jerusalems durch die Babylonier 587 v.Chr., der Verschleppung der jüdischen Oberschicht ins Exil und derselbigen Rückkehr nach dem berühmten Kyros-Edikt 538 v.Chr.

Was war hier geschehen? Im Untergang von Königtum, Tempel und Götterstandbild erwies sich eigentlich der eigene Gott dem fremden als unterlegen. Nicht so die Deutung der Juden, die in einer revolu-



*Die Errichtung eines „Weltstaats“ wäre für
den antiken Kosmopoliten überhaupt kein Bezugspunkt.*



tionären Idee den Monotheismus erfanden: Gott habe sein Volk durch die Prophetie gewarnt, aber es habe sich vergangen und sei daher zurecht gezüchtigt worden. Die Götter der anderen seien nur Werkzeuge Jahwes, nur er sei Gott. Was für ein Einfall, was für eine unglaubliche Dreistigkeit des Geistes!

Die Universalität dieses eigenen Gottes wurde nun in die Vergangenheit zurück projiziert, die Exodus-Erzählung konstruiert, die in einem als real vorgestellten Auszug aus Ägypten den symbolischen Auszug aus jenem altorientalischen Götterkult kodiert, in dem Staat, Herrscher und lebensweltliches Ideal mit Kultus, Gottheit und transzendente Ideal noch in eins gefallen waren. Das eigene Königtum wurde relativiert als historische (und unglückliche) Einrichtung. Die Allherrlichkeit Gottes überragt nun alle Welt, der noachitische Bund aus der Sintfluterzählung stiftet die Verbindung zwischen Gott und aller Menschheit. Alles habe jener nach der Genesis-Erzählung zudem im Anfang erschaffen.

Da ward aus Abend und Morgen die Kosmopolis

Nun ist der universalistische Charakter des Monotheismus freilich doppelschneidig: Einerseits stiftet er eine potenziell umfassende Gemeinschaft aller Menschen, gleichzeitig erzeugt er die Denkfiguren des Ungläubigen und des Häretikers in völlig neuer Schärfe. Die relative Homogenität und gemeinsame Verständigungsbasis, die ein großer Kulturraum vielen Menschen bietet, geht nun mit einem stärkeren Binnenpluralismus einher. So treffen wir in der Zeit Jesu von Nazareths etwa eine Vielzahl von Subgruppen in seinem Umfeld, von den ihm nachfolgenden messianischen Juden über die sozialrevolutionären Zeloten, die mystischen Essener, die bildungsbürger-

lichen Pharisäer bis hin zu den elitären Sadduzäern, letztere beeinflusst vom kosmopolitischen Geist des Hellenismus, der seit den Eroberungen Alexanders des Großen (356–323 v. Chr.) Okzident und Orient in einen befruchtenden Austausch unter den Auspizien griechischer Geistesart gebracht hatte.

Hier, im Hellenismus, kam ein Vernunftideal zum ersten Durchbruch, das in den Kosmopolitismus mündete. In der Philosophenschule der Stoa, die sich um die Popularisierung philosophischer Tätigkeit reiche Meriten erwarb, nahm die Idee einer sinnvollen Ordnung aller seienden Dinge die Leitstellung ein. Der Kosmopolit ist nicht einfach der entwurzelte Bürger von Allerwelt, sondern Bürger des *kosmos*, d.h. einer allumfassenden Ordnung gemäß göttlichem Gesetz. Ihm ist er verpflichtet aus Vernünftigkeit, Gottesfurcht und Sorge um seine Mitmenschen. Ziel des Menschen ist es daher, sich in die ewige Ordnung der Welt einzufügen, und zu diesem universalistischen Konzept gehört es ebenso, dass zwischen allen Staaten ein einziges Völkerrecht bestehe, wie auch, den Sitten des eigenen Landes seinen Respekt zu erweisen. Die Errichtung eines „Weltstaats“ wäre für den antiken Kosmopoliten überhaupt kein Bezugspunkt.

Dass die Eroberung des gesamten Mittelmeerraums durch den italischen Stadtstaat Rom und die bürokratische Konsolidierung dieser Hegemonialstellung ein tatsächliches Universalreich begründete, folgte keinem ideologischen Programm. Es stiftete freilich ein solches: Das Imperium Romanum wurde für über eineinhalb Jahrtausende zur fixen Idee Europas, in der sich das griechisch-kulturelle Erbe aus Philosophie, Dichtung und Künsten mit dem römisch-politischen Erbe aus Universalreichsidee, Rechtslehre und Militarismus verband und im Christentum und der Institution der Kirche seine geistliche Klammer erhielt.



*Wie in keiner anderen Herrscherfigur
wird in Kaiser Mark Aurel (121–180 n. Chr.)
die Verbindung höchster kosmopolitischer Gesinnung
und höchsten vaterländischen Dienstes greifbar.*



Insbesondere in der Hohen Kaiserzeit unter den antoninischen Adoptivkaisern gelangte das kosmopolitische Ideal voll zur Geltung, zumal aus der Herrschaft einer Stadt ein Reich vieler gleichberechtigter Städte geworden war. Wie in keiner anderen Herrscherfigur wird in Kaiser Mark Aurel (121–180 n. Chr.) die Verbindung höchster kosmopolitischer Gesinnung und höchsten vaterländischen Dienstes greifbar.

Die weitere Transformation des Römischen Reiches setzte bereits vor der Völkerwanderung ein, wobei der größte kulturelle Bruch der Sieg des Christentums und sein Aufstieg zur Reichsreligion 380 n. Chr. war, begleitet freilich von massiven inneren Glaubenskämpfen. Hier vollzog sich der Exodus aus dem Staatskult historisch erneut. Der aufs Jenseits gerichtete Glaubensfokus, die pazifistische Tendenz, asketische Aussteigermechanismen und nicht zuletzt auch ein Ideal sexueller Zurückhaltung schwächten das Reich einerseits, gaben ihm andererseits aber auch eine passende universalistische Kirche. Diese sollte denn auch den Zusammenbruch der weltlichen kaiserlichen Zentralmacht überstehen, Europa als kulturelles Netz zusammenhalten und das antike Kulturerbe durch die Erfindung des klösterlichen Bildungsideals retten.

Ein Europa, wie es immer war

Was wir heute unter der kulturellen Tradition Europas verstehen, ist somit weithin eine Kombination aus kosmopolitisch gefärbten antik-heidnischen und universalistisch gefärbten christlich-kirchlichen Quellen. In seiner Nachblüte in der karolingischen Renaissance, seiner Wiederblüte in der ottonischen Renaissance

und nicht zuletzt seiner Neublüte in jener Epoche, die man schlicht als die Renaissance bezeichnet, brach dieses gemeinsame Europäische je wieder durch.

Es ist sohin auch keine Laune der Geschichte, dass es gerade der große deutsche Heldenkaiser Friedrich Barbarossa (1122–1190 n. Chr.) war, der den *Corpus Iuris Civilis* „wiederentdeckte“, um ihn zur Grundlage seiner Herrschaft in Reichsitalien zu machen, und der die Rede vom *Sacrum Imperium Romanum* in die Welt brachte: *sacrum*, das heißt nicht dasselbe wie *sanctum*, es bezeichnet nicht das Geweihte, sondern das aus sich selbst heraus Heilige. Die Heiligkeit des Reiches komme nicht von der Kirche her, es sei vielmehr älter als die Kirche und von Gott selbst gestiftet: als die wahre, große Polis, der natürliche Kosmos, die universale Heimstatt aller Christenmenschen.

Als das Mittelalter sich seinem Ende zuneigte, begannen ebendiese Christenmenschen, die ganze Welt zu entdecken und ihre Denkart in sie hinaus zu tragen. Die Seefahrerstaaten erweiterten den Blick auf fremde Kontinente, an die Stelle des Selbstverständnisses als „Christenheit“ trat in der Neuzeit ein neuer, ein geographischer Begriff: Europa. Sein Schicksal bleibt auf Wohl und Wehe mit seinem kosmopolitischen und universalistischen Erbe verbunden.

Von François Mitterand ist die Anekdote überliefert, dass Helmut Kohl ihn bei einem Deutschlandbesuch in die Pfalz Karls des Großen geführt und dort die Einheit Europas beschworen hatte – um ihn davon zu überzeugen, dass die Deutschen heute anders ticken würden. Der Franzose erinnerte sich stets dieses Moments. Es sei das Deutsche gewesen, was er jemals erlebt hätte.

Kosmopolitismus – Universalismus – Globalismus

Von Jörg Mayer



Der folgende Definitionsversuch dient dem Zweck, die genannten Begriffe für künftige thematische Vertiefungen klarer voneinander zu scheiden:

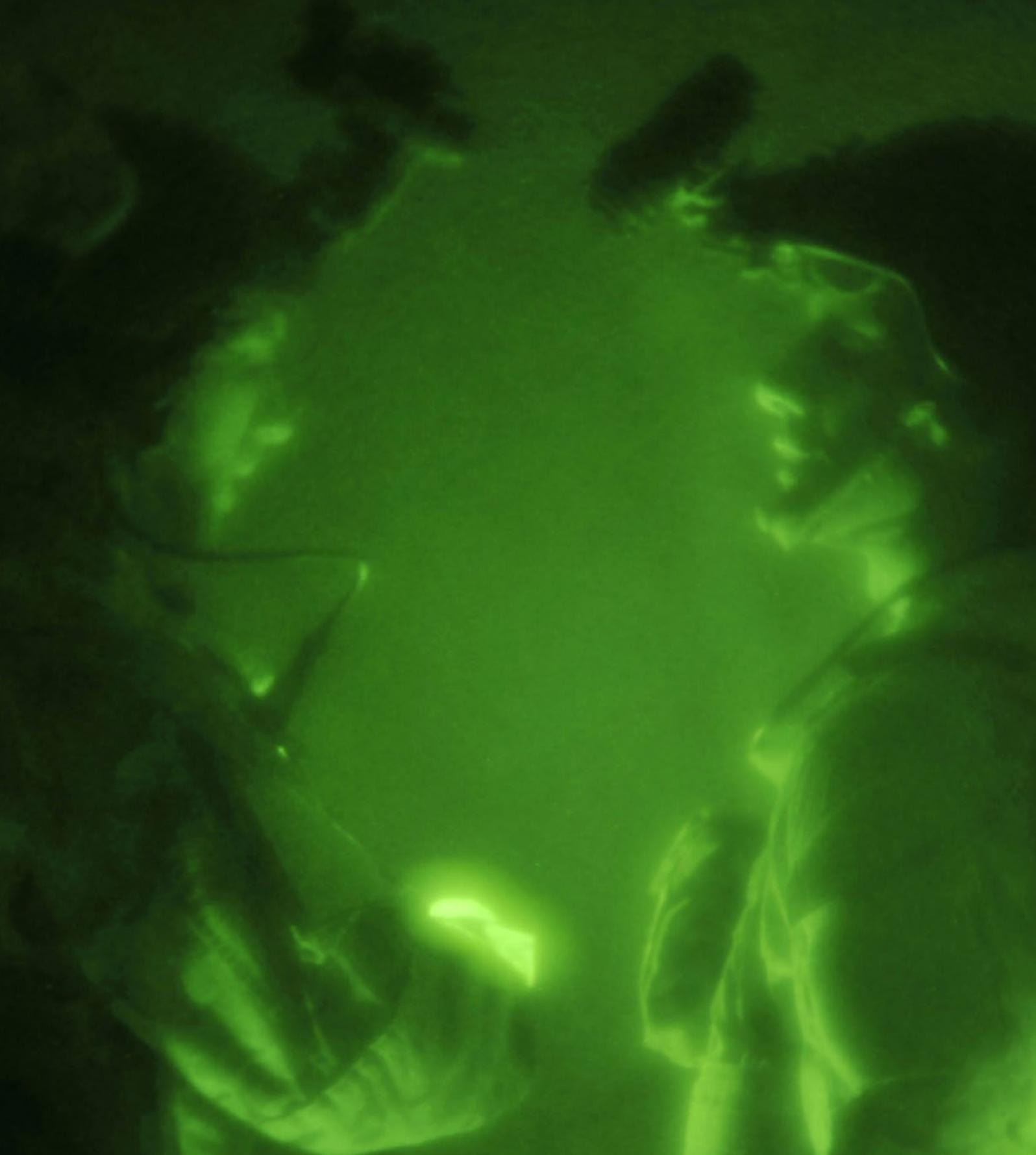
Unter Kosmopolitismus sei verstanden eine kulturelle Disposition, die aus der Reaktion auf das Leben in einem von intensivem Kulturkontakt geprägten gemeinsamen Raum hervorgeht. Hierbei wird das Fremde als ein gleichberechtigtes Andersartige gegenüber dem Eigenen respektiert, die Alleinstellung des Eigenen dadurch relativiert. Ein umfassenderes kulturelles Niveau wird angestrebt, ohne dass sich dies notwendig gegen die eigenen Traditionen wendet. Traditionen werden vielmehr miteinander zu harmonisieren getrachtet.

Als Universalismus, oder in der aggressiveren Form: Imperialismus, sei dagegen jene Anschauung verstanden, die das Eigene für so vorbildlich und allgemeinwendbar hält, dass es dieses auf politischem, diplomatischen, militärischen usw. Wege generell durchzusetzen strebt. Dies mag freilich nicht global gelingen, da sich die Menschheit zu einer Reihe von großen Kulturräumen ausgeformt hat, die sich einer weiteren Agglomeration entziehen. In Konkurrenz verschiedener Universalismen vollzieht sich sohin ein „Clash of Cultures“, der als Ende einer global empfundenen US-amerikanischen Hegemonie mitunter auch begrüßt wird und dabei u.a. unter dem Slogan einer „Multipolaren Weltordnung“ firmiert, welche die unterschiedlichen Einflussphären friedlich abstecken soll. Hierbei sollen die Großräume ihren jeweiligen Nachbarn den Anspruch, für sich über das richtige Lebens- und Gesellschaftsmodell zu verfügen, zubilligen, wenn auch ein gewisser

universaler Wertanspruch für die soziale Kohäsion innerhalb jedes Kulturraums unhintergebar ist.

Als Globalismus letztlich sei jenes politische Programm verstanden, das weder wie der Kosmopolitismus sagt: „Das Eigene und das Fremde sind wertvoll, sie sollen also beide bestehen“, noch wie der Universalismus: „Das Eigene ist dem Fremden überlegen, es sollte also expandieren“. Globalismus macht vielmehr den Kosmopolitismus zum eigentlichen Inhalt des Universalismus. Dies wäre zwar auch in dem Sinne möglich, dass man die als wertvoll erachtete Existenz von Eigenem und von Fremdem insofern zu garantieren sucht, als man eine räumliche Trennung bewahrt – was jene Position wäre, die man in Gruppen wie der Identitären Bewegung als „Ethnopluralismus“ definiert. Dazu ist anzumerken, dass Identitäre sich in der Regel für antikosmopolitisch und antiuniversalistisch halten. Tatsächlich wäre die ethnoplurale Idee aber gerade insofern fruchtbar, wenn man sie als funktionierende Kombination kosmopolitischer und universalistischer Denkweisen begreift.

Der Globalismus verfolgt allerdings den völlig anders gelagerten Multikulturalismus, dass Eigenes und Fremdes überall auf dem Globus (böse Zungen sagen: oder auch nur in westlichen Staaten) untereinander vermischt sein sollen. Hierin wird dann gerade nicht das Beste, sondern das Schlechteste aus einer Verbindung von Kosmopolitismus und Universalismus geboren: eine globale Monokultur, die nur durch Konsumversprechen und Bürokratisierung zusammengehalten werden kann. Man wird unterstellen dürfen, dass ebendies ja auch das Ziel ist.



Praxis

US-Soldaten während der Operation Enduring Freedom

Arnulf Helperstorfer

Das Ende des Universalismus

Hybris und Grenzen westlicher Außenpolitik



Am 10. September 2001 stand der sogenannte Westen im Zenit seiner globalen Macht. Ein Jahrzehnt zuvor war der rote Widersacher von einem Tag auf den anderen fast geräuschlos implodiert. Keine andere Macht konnte den USA und ihren europäischen Verbündeten in den Bereichen Militär, Wirtschaft und Technologie das Wasser reichen.

Die Terroranschläge des folgenden Tages führten zu zwei lang andauernden Kriegen, die dem Westen eindringlich seine Grenzen aufzeigten. In den Bergen Afghanistans und der Wüste des Irak zerstoben für die ganze Welt deutlich sichtbar alle Hoffnungen, westliche Vorstellungen von Demokratie und Moral global durchsetzen zu können. Der aktuelle Krieg in der Ukraine zeigt, wie isoliert der Westen inzwischen geworden ist. Die Idee universalistischer Außenpolitik, die – notfalls auch mit Zwangsmitteln – für die Verbreitung von westlichen Moralvorstellungen sorgt, ist gescheitert.



Neben Volkssouveränität und bürgerlicher Freiheit ist es vor allem das naturrechtliche Konzept allgemein gültiger Menschenrechte, das im Kern bereits einen universellen, weltumspannenden Anspruch begründet.



Universalistische Außenpolitik und damit auch die Fortsetzung der Innenpolitik in den äußeren Beziehungen ist den Demokratien der westlichen Welt bereits in die Wiege gelegt. Als sich das revolutionäre Frankreich am Übergang vom 18. zum 19. Jahrhundert im Zuge der Koalitionskriege auszudehnen begann, errichtete es in den neu gewonnenen Territorien eine Unzahl an Tochterrepubliken. Diese kurzlebigen Staatsgebilde sollten nicht nur einen strategischen Sicherungsgürtel um die junge Republik bilden, vielmehr wurde damit die revolutionäre Ideologie in Europa verbreitet.

Das Schicksal der Mainzer Republik von 1792/93 steht beispielhaft für die Entwicklung dieser Kunststaaten. Die anfängliche Zustimmung breiter Bevölkerungsteile zu den neuen Freiheiten schwand ab Dezember 1792 rapide, nachdem die Pariser Zentralregierung vermehrt zu repressiven Maßnahmen griff, um ihre weitreichende Umgestaltung der Gesellschaft voranzutreiben. Im Endeffekt wurde die französische Vorherrschaft in weiten Teilen Europas nicht als Befreiung vom Feudalismus wahrgenommen, sondern als Besatzung. Mit dem Ende der französischen Hegemonie in Kontinentaleuropa zerfielen auch diese Kunstgebilde.

Mit ihrer ideologischen Ausdehnung hatten die französischen Revolutionäre auch das Westfälische Staatensystem, das sich im Anschluss an den Dreißigjährigen Krieg in Europa herausgebildet hatte, beseitigt. Jene Ordnung in den Beziehungen souveräner, gleichberechtigter Staaten mit der Trennung von Innen- und Außenpolitik hat seine Gültigkeit in Grundzügen bis heute behalten. Außenpolitik wurde dabei allein am Nutzen für den eigenen Staat ausgerichtet, ideologische Gegensätze spielten kaum eine Rolle, wie das Bündnis zwischen dem Republikaner

und Katholikenhasser Cromwell und dem französischen Kardinal Mazarin von 1657 zeigt.

Auch jenseits des Atlantiks sahen sich die USA von ihrer Gründung an als völlig neues Staatswesen, wie die Gründerväter bereits in der Präambel zur Unabhängigkeitserklärung festhielten. Ihr Kampf für die Freiheit sei die Verteidigung der Freiheit aller Menschen (Benjamin Franklin), womit ein Reich der Freiheit entstehe, das die im Dunkeln lebenden Nationen erhellen solle (Thomas Jefferson). Bereits puritanische Kolonisten des 17. Jahrhunderts hatte ihre amerikanischen Gemeinwesen als grundlegenden Neuanfang gesehen. Der Journalist John O'Sullivan prägte 1845 mit Hinblick auf die Ausdehnung der USA dafür den Ausdruck „Manifest Destiny“, nach der das Schicksal die USA zur Verbreitung der Freiheit auserkoren habe. Neben Volkssouveränität und bürgerlicher Freiheit ist es vor allem das naturrechtliche Konzept allgemein gültiger Menschenrechte, das im Kern bereits einen universellen, weltumspannenden Anspruch begründet.

Nachdem US-Präsident Woodrow Wilson mit seinem Versuch einer globalen Ordnung unter westlich-US amerikanischer Führung nach dem Ersten Weltkrieg nicht zuletzt in seiner eigenen Heimat gescheitert war, schien sich mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Ostblocks 1989–1991 eine neue Chance für die weltweite Durchsetzung von Demokratie, Marktwirtschaft und westlichen Werten zu bieten. Angesichts des enormen Vorsprungs des Westens war, wie es der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama ausdrückte, das Ende der Geschichte gekommen. Scheinbar stand die weltweite Verbreitung des erfolgreichen westlichen Gesellschaftsmodells unmittelbar bevor, Aggressoren und Störenfriede sollten von der US-geführten



Angesichts des enormen Vorsprungs des Westens war, wie es der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama ausdrückte, das Ende der Geschichte gekommen.



UNO in ihre Schranken gewiesen werden. Der erste Irakkrieg, mit der Vertreibung Saddam Husseins aus Kuwait und der Ausschaltung des Irak als wesentlicher Machtfaktor im Nahen Osten, bestätigte diese Annahme. Ein Friedensabkommen zwischen Israelis und Palästinensern sowie die Beendigung der Jugoslawienkriege vervollständigten diese Erfolgsbilanz. Die „Promotion of Democracy“ schritt voran.

Dementgegen verwiesen zwei weniger beachtete Krisenherde viel deutlicher auf zukünftige Entwicklungen. Die multilaterale Operation „Restoration Hope“ in Somalia von 1992–1994 scheiterte ebenso wie die Operation „Uphold Democracy“ in Haiti. In beiden Fällen misslang das angestrebte „Nation Building“, die USA und ihre Verbündeten scheiterten an leichtbewaffneten Clans und Banden.

Zeitenwende

Die Terroranschläge vom 11. September 2001 und folgende Anschläge in europäischen Hauptstädten wie Madrid und London trafen den Westen damit in einer Phase totaler Überlegenheit. Die bereits im Oktober 2001 anlaufende Operation „Enduring Freedom“ sollte die Schuldigen zur Rechenschaft ziehen und die Herrschaft der Taliban über Afghanistan beenden. Ein neues strategisches Konzept brachte raschen Erfolg. Westliche Spezialkräfte in Kooperation mit einheimischen Kämpfern und massiver Luftunterstützung eroberten im Dezember die letzten Stützpunkte von Al-Quaida und Taliban im Höhlenkomplex von Tora Bora.

In den erfolgreichen Kämpfen dieser Monate zeigte sich jedoch bereits die Besonderheit der afghanischen Gesellschaft, die die westliche Allianz in den folgenden Jahren vor unlösbare Herausforderungen

stellen sollte. Der afghanische Staat ist seit jeher schwach und nicht mit einem Staatswesen europäischer Prägung zu vergleichen. Loyalitäten gelten Stamm und Clan und nicht einer fernen hauptstädtischen Autorität. Angesichts der drohenden Niederlage sahen viele Gruppen im weiteren Kampf für die Taliban keinen Sinn mehr und wechselten die Seiten oder legten die Waffen nieder.

Der Feldzug war nach Plan verlaufen, doch für die Zeit danach waren Planungen de facto nicht vorhanden. Eine improvisierte Konferenz in Bonn sollte der Beginn des demokratischen Wiederaufbaus nach westlichem Vorbild sein. Im Endeffekt griffen die westlichen Staaten dabei auf die gleichen Rezepte zurück, mit denen die Sowjets in den 1980ern gescheitert waren, und erweiterten das Repertoire um demokratische Institutionen. Zwar verschleierten unzählige Militäreinsätze, der Einsatz von Milliarden an Dollar und Euro sowie die Regenerationsphase der Taliban das grundlegende Problem für einige Jahre. Doch spätestens Mitte der 2010er-Jahre war offenkundig, dass die Demokratisierung von oben herab in einem Land mit völlig anderen kulturellen Wurzeln am Ende war.

Der zweite Krieg gegen den Irak war dagegen von Anfang nicht nur in der westlichen Welt, sondern auch in den USA und selbst in ihrer Führungsriege stark umstritten. Weder gab es Verbindungen zwischen der islamistischen Al-Quaida und der laizistischen Führung des Irak, noch konnten Nachweise für eine Weiterführung von Massenvernichtungsprogrammen erbracht werden. Teilweise waren die Vorwürfe, wie angebliche Urankäufe im Niger oder mobile Chemiewaffenlabors, so haarsträubend, dass sie zu einem ernsthaften Reputationsverlust für die USA führten.



Im Namen von Demokratie und Menschenrechten wurden fragile Staaten vollends zerstört, Bürgerkriege ausgelöst, Volkswirtschaften in den Ruin getrieben, Diktatoren durch andere Diktatoren ersetzt.



Ironischerweise war es Außenminister Colin Powell, der die Entscheidung zum Krieg vor der UNO rechtfertigen musste. Powell war nicht nur innerhalb der Administration von George W. Bush ein Gegner dieses Krieges, bereits 1991 hatte sich Powell als US-Generalstabschef gegen eine Fortführung des damaligen Feldzugs bis zur Eroberung Bagdads ausgesprochen, da die USA weder über ein klares politisches Ziel noch ein realistisches und annehmbares Ausstiegsszenario verfügten.

Wie bereits in Afghanistan, konnte der Feldzug binnen kürzester Zeit gewonnen werden. Und wie in Afghanistan begannen die eigentlichen Probleme damit erst. Für das offizielle Kriegsziel, einen Leuchtturm der Demokratie im Nahen Osten zu errichten, waren die Planungen für einen Irak nach dem Krieg mehr als dünn. Bereits die ersten beiden Maßnahmen des vom US-Verteidigungsministerium eingesetzten Verwalters Paul Bremer erwiesen sich als katastrophal: Mit dem Verbot der Baath-Partei sowie der Auflösung der irakischen Armee wurden auf einen Schlag hunderttausende Iraker, darunter der Großteil der Eliten, Verwaltungsbeamten, Akademiker und ausgebildeten Offiziere arbeitslos. Die darauffolgende Privatisierungsoffensive gab der bereits am Boden liegenden irakischen Wirtschaft den Todesstoß.

Neben diesen Fehlern bestand ein ähnliches Problem wie in Afghanistan: Die irakische Gesellschaft war in ethnischen und religiösen Gemeinschaften



US-Soldaten in der Operation Iraqi Freedom

organisiert, an denen eine Demokratisierung von oben nach westlichem Vorbild herab unweigerlich scheitern musste. Die Folge war ein blutiger Bürgerkrieg und gleichzeitig ein Machtzugewinn des schlimmsten Rivalen der USA in der Region, des Iran, wie das US-Militär 2019 selbst feststellte.

Verteidigung der Menschenrechte und Demokratisierung waren auch die Ziele

des westlichen Eingreifens in den Bürgerkrieg in Libyen 2011. So ähnlich die Ziele waren, so ähnlich war auch das Ergebnis: jahrelanger Bürgerkrieg und Blutvergießen. Die 2020 nach einer Konferenz in Berlin für zunächst 2021, dann 2022 angesetzten „freien, fairen und glaubwürdigen“ Wahlen haben bisher nicht stattgefunden. Angesichts der desaströsen Ergebnisse der vorherigen westlichen Interventionen, aber auch auf Grund der grundsätzlichen Umorientierung auf den indopazifischen Raum fiel die Anteilnahme westlicher Akteure am syrischen Bürgerkrieg dann auch deutlich zurückhaltender aus und beschränkte sich auf Waffenlieferungen, den Einsatz kleiner Kommandos und wenige Luftangriffe.

Zusammengefasst waren die westlichen Kriege der letzten beiden Jahrzehnte im Orient in jeder Hinsicht eine Katastrophe. Im Namen von Demokratie und Menschenrechten wurden fragile Staaten vollends zerstört, Bürgerkriege ausgelöst, Volkswirtschaften in den Ruin getrieben, Diktatoren durch andere Diktatoren ersetzt. Wie sehr die Reputation



Die instabilen Staaten sind Nährboden und Rückzugsraum für extremistische Akteure, bedrohen die Stabilität ihrer Nachbarländer und sind Herkunfts- und Durchzugsland für Migranten nach Europa.



des Westens insgesamt gelitten hat, zeigt sich auch in der mangelnden Unterstützung für die Positionen der USA und der EU im Ukrainekrieg, die sich auf die engsten Verbündeten wie Japan, Australien oder Kanada beschränkt. Die zerstörerischen Eingriffe werden nicht nur die Realitäten der betroffenen Länder noch lange bestimmen, sondern auch im regionalen Bewusstsein verankert bleiben.



US-Soldaten in der Operation Enduring Freedom

Auch in geostrategischer Hinsicht fällt die Bilanz negativ aus. Der Irakkrieg hat den Einfluss des mit China und Russland verbündeten Iran im Nahen Osten gestärkt. In Afghanistan sind die Taliban im Triumph an die Macht zurückgekehrt und in Libyen hat sich der europäische Einfluss zugunsten anderer Akteure drastisch reduziert. Die instabilen Staaten sind Nährboden und Rückzugsraum für extremistische Akteure, bedrohen die Stabilität ihrer Nachbarländer und sind Herkunfts- und Durchzugsland für Migranten nach Europa. Damit zeigt sich deutlich, dass der universalistische Ansatz regelmäßig auch die meist bedeutenderen, geo- und wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der außenpolitischen Interventionen konterkariert.

More of the same

Angesichts dieser wenig erfreulichen Bilanz könnte man erwarten, dass die Vorliebe westlicher Akteure für universalistische Außenpolitik nachgelassen

hätte. Doch gerade europäische Akteure haben zwei neue Betätigungsfelder gefunden, um ihre Ideologien offensiv, wenn auch weniger kriegerisch, nach außen zu tragen. Insbesondere die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock, die Außenpolitik als Weltinnenpolitik versteht, möchte zur Vorreiterin einer feministischen Außenpolitik werden. Damit soll das innenpolitische Gendermainstreaming

auf internationaler Ebene fortgesetzt werden, wie sie im März 2023 anlässlich ihrer Grundsatzrede zu dieser Frage erklärte. Es bleibt abzuwarten, was außer Quotenregelungen im Auswärtigen Dienst darunter zu verstehen ist.

Einen anderen Schwerpunkt setzt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Europa soll als erster CO₂-neutraler Kontinent ein Leuchtturm des Klimaschutzes in der Welt werden. Nachdem die EU-Staaten jedoch bei sinkender Tendenz nur für rund acht Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich sind, setzt man in Brüssel auf Klimaaußenpolitik und Klimadiplomatie. Wie wenig erfolgreich diese Klimadiplomatie bisher ist, zeigt der beschleunigte Ausbau von Kohlekraftwerken gerade bevölkerungsreicher Staaten wie China, Indien, Bangladesch oder Indonesien.

Die kühlen bis desinteressierten internationalen Reaktionen auf die nahezu anekdotisch anmutenden Versuche europäischer Politiker, eine universalistische Weltinnenpolitik angelehnt an ihre eigenen



Ein weiteres Festhalten an moralisierender, universalistischer Außenpolitik wird anderenfalls die Spannungen zwischen dem Westen und dem Rest der Welt weiter verstärken.



ideologischen Vorgaben zu betreiben, verdeutlicht die zunehmende Diskrepanz zwischen Selbst- und Außenwahrnehmung des Westens. Die Fähigkeit des Westens zur Durchsetzung eigener gesellschaftspolitischer Vorstellungen im 19. und 20. Jahrhundert war direkt mit der eigenen globalen Dominanz verbunden; teilweise wurden diese wie im Fall Japans auch freiwillig übernommen, um so politisch, wirtschaftlich und militärisch aufzuschließen. Mit den sich rapide verschiebenden Machtverhältnissen des 21. Jahrhunderts gehören diese Zeiten ein für alle Mal der Vergangenheit an. Außerdem ist zu bedenken, dass der Universalismus des Westens in vielen anderen Kulturen als ungeheure Anmaßung gegenüber der eigenen Zivilisation gesehen wird. Das gilt insbesondere für Staaten wie China oder Indien, die wieder zu alter Macht und Größe zurückkehren und die als Demütigung erlebte westliche Dominanz keineswegs zu vergessen bereit sind.

Es ist deswegen dringend notwendig, anzuerkennen, dass andere Zivilisationen ihre eigenen Wege in die Zukunft finden werden, so wie sie das bereits in den Jahrtausenden vor der zweihundertjährigen westlichen Hegemonie getan haben. Ebenso ist es anzuerkennen, dass ein Leben nach westlichen Moralvorstellungen für viele Menschen aus anderen Kulturen keineswegs erstrebenswert ist. Ein weiteres Festhalten an moralisierender, universalistischer Außenpolitik wird anderenfalls die Spannungen zwischen dem Westen und dem Rest der Welt weiter verstärken. Zudem wird ein weiteres Festhalten am Universalismus zunehmend an den scharfen Klippen der Realität zerschellen. Wie stark die Abhängig-

keitsverhältnisse sich inzwischen geändert haben, hat die Fußball-Weltmeisterschaft in Katar demonstriert. Während der kleine Golfstaat für seine Politik gegenüber Homosexuellen und Gastarbeitern in Europa scharf kritisiert wurde, standen europäische Politiker in Doha Schlange, um einen der heißbegehrten Gaslieferverträge zu ergattern.

Die Risse und Diskrepanzen universalistischer Weltinnenpolitik werden aber auch bei einem Blick nach innen offenbar. Es ist ein unauflösliches Paradoxon, dass gerade die Vertreter universalistischer Außenpolitik die Geschichte des Westens und damit die Ursprünge ihrer eigenen Ideologien als düstere Abfolge von Grausamkeiten und Unterdrückungen zeichnen, von der man sich distanzieren müsse und die es aufzuarbeiten gelte. Dazu führt die zunehmende Fragmentierung der westlichen Gesellschaften durch Zuwanderung aus völlig fremden Kulturen zu einem Legitimitätsproblem universalistischer Außenpolitik im Inneren. Je weniger die Migranten die sogenannten westlichen Werte teilen, desto weniger werden sie eine an diesen Werten ausgerichtete Außenpolitik unterstützen.

Das Ende einer am westlichen Universalismus ausgerichteten Außenpolitik ist jedenfalls gekommen; ob es die Akteure in Europa und den USA zur Kenntnis nehmen wollen, wird daran nichts ändern. Diese Entwicklung geht unauflöslich mit dem Ende westlicher Vormachtstellung einher. Mit Sicherheit wäre es klug, eine grundlegende Neuorientierung vorzunehmen. Die Geschichte zeigt aber, dass eine grundsätzliche Umkehr ein steiniger und für viele Politiker, die lieber weiterhin im Glauben an ihre eigene Propaganda verharren, ungangbarer Weg ist.

Kommunistopolitismus

Von Heimo Lepuschitz



Ganz Europa rückt im Sommer 2023 nach rechts. Ganz Europa? Nein, in einem Alpenstaat erlebt der Kommunismus eine nicht für möglich geglaubte Renaissance. Eine kommunistische Partei regiert Österreichs zweitgrößte Stadt Graz, schafft den Landtagseinzug in Salzburg und der neue SPÖ-Chef bezeichnet sich selbst als „Marxist“. Essen die Österreicher künftig ihr geliebtes Schnitzel mit Hammer und Sichel?

Tatsache ist, dass die linke Reichshälfte ein sehr schlampiges Verhältnis zum Linksextremismus pflegt. Es sind nur zum kleineren Teil abgehängte Menschen, die sich zu Recht um ihre Zukunft sorgen, zum größeren Teil dagegen handelt es sich bei KPÖ-Wählern um durchaus Gutverdienende. Allein die Tatsache, dass der Sieg der KPÖ in Salzburg das Ende für die selbsternannten „Liberalen“ Österreichs, die NEOS, bedeutete, offenbart den Getreidegassenkommunismus der Bessergestellten. Auch der neue SPÖ-Parteiboss Andreas Babler ist mit Sicherheit eher Sozialist als Sozialdemokrat: ein in rote Wolle gefärbter Altkader mit großem Drang zu öffentlichen Gehältern.

Aber muss sich Österreich vor diesem neuen Linksruck, vor einem neuen Klassenkampf mit mehr Ausländern und höheren Steuern fürchten? Man sollte es nicht unterschätzen: Im Grunde kannibalisieren sich die Kommunisten, die Ökosozialisten, die linksliberalen NEOS und Andreas Bablers „SPÖ Plus“ innerhalb des eigenen Lagers. Wenn man statt der geforderten Vermögenssteuern adäquate neue Abgaben einführen will, müsste man beim desperaten Bild der Sozialdemokratie derzeit wohl über eine Unvermögenssteuer diskutieren.

Eventuell profitiert das linke Lager durch die Mobilisierung von bisherigen Nichtwählern. Genauso gut könnte dieser Effekt aber auch dadurch egalisiert werden, dass eine der bisherigen Parlamentsparteien zur außerparlamentarischen Opposition wird oder die gehypten Bewegungen wie „KPÖ Plus“ und die „Bierpartei“ knapp den Einzug nicht schaffen. Wenn jemand heute behauptet zu wissen, was die nächste Nationalratswahl bringen wird: Bitten Sie Ihn um die nächsten Lottozahlen! Es ist zurzeit unseriös, zu prognostizieren, wer von den drei Großparteien die Nase vorne haben wird – und wer überhaupt den Einzug schafft.

Natürlich spielt derzeit vieles für die Freiheitlichen von Herbert Kickl, der seine Partei auf disziplinierten Erfolgskurs getrimmt hat. Zwei zusätzliche Regierungsbeteiligungen und positive Umfragen sollten die Partei aber nicht in Sicherheit wiegen. Derzeit ist man die einzige wirklich stabile Großpartei, aber Hochmut und Faulheit kommen immer vor dem Fall. Die nächsten Monate werden vom eisigsten Gegenwind begleitet werden, den die freiheitliche Bewegung jemals erlebt hat. Man wird alles versuchen, um eine – erstmals mögliche – freiheitliche Kanzlerschaft zu verhindern. Besonders, weil man sich sicher sein kann, dass die FPÖ nie mehr den Fehler von 2000 wiederholen und dem Koalitionspartner als Stärkerer die Kanzlerschaft überlassen würde.

Eines ist aber sicher: Wer mit Sicherheit ausschließen will, dass die Grünen wieder in einer Regierung ihr gesellschaftliches und wirtschaftliches Unwesen treiben, wer sich stattdessen eine Koalition der Verantwortung jenseits selbsternannter Marxisten wünscht, der wird an der FPÖ und Herbert Kickl wohl nicht vorbeikommen.



Feuilleton

Friedrich Schiller

Norbert Nemeth

Schiller! Nicht Goethe.

Derweil Schiller (1759-1805)
als Erfinder des Deutschen Idealismus gilt,
gilt Goethe (1749-1832) als jener der Moderne.



Der große rechtsphilosophische Verdienst Friedrich Schillers liegt in seiner Idee der Deutschen Kulturnation. Sie sollte den Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation substituieren und den Deutschen Fürsten eine neue Legitimität verschaffen.

Den entfallenen religionspolitischen Auftrag ersetzte Schiller somit durch einen kulturpolitischen: Was die Voraussetzung für den Staat ist, ist gleichsam der Verteidigungsauftrag an den Herrscher, nämlich: die gemeinsame Kultur. Nicht Menschen unterschiedlicher Lebensart verbinden sich zu einem Staatswesen, sondern Menschen gleicher Kultur, deren wesentlicher Träger für Schiller die gemeinsame Sprache ist. Diese homogene Klammer muss der Herrscher verteidigen und gewährleisten, so wie er bislang das Christentum im Äußeren (vor allem gegen die Osmanen) und im Inneren (gegen Atheisten) zu verteidigen hatte. Kommt er dem nicht nach, verliert er seinen Anspruch, Herrschaft auszuüben.



*Tatsächlich war Goethe Freimaurer
und Illuminat – ganz anders als Schiller.*



Von Johann Wolfgang von Goethe vernimmt man nichts dergleichen. Im Gegenteil, hat er sich doch dreien für die Moderne typischen Prinzipien, die geeignet waren, die Fundamente der alten europäischen Ordnung zu erschüttern, verschrieben: Sein Wirken soll ganz im Zeichen von Kulturrelativismus, Wertepluralismus und Kosmopolitismus stehen. Mit dieser Einstellung geht seine religiöse Indifferenz und sein Hang zum Okkulten einher. Wie Schiller ist Goethe Protestant, entwickelt jedoch sehr bald seine eigene vielgestaltige Religion, wonach Gott Luzifer mit der Schöpfung betraut hatte und die gesamte weltenschaffende Kraft auf ihn übertrug, wie Goethe in seiner Autobiographie *Dichtung und Wahrheit* erläutert. Der Goethe-Biograph Jeremy Adler macht dafür einen „Piätistenzirkel“, dessen Spiritualität Goethe in *Wilhelm Meisters Lehrjahre* beschrieb, mitverantwortlich.

Tatsächlich war Goethe Freimaurer und Illuminat – ganz anders als Schiller, der Wert auf die Feststellung gelegt hatte, „weder Illuminat noch Maurer“ gewesen zu sein. Maßgeblich beeinflusst hat Goethes Denken der jüdisch-holländische Philosoph Baruch de Spinoza, dessen *Ethik, nach geometrischer Methode dargestellt* aus dem Jahre 1677 ihm als Vorbild diente. Er selbst beschreibt Spinoza als einen Menschen, „den er nicht nur verehrte, sondern auch anbetete“. Im Vergleich dazu emanzipierte sich Schiller nicht vom Christentum, sondern unterstrich seinen Glauben an den Gott der Christenheit



Wilhelm Tell in Schiller-Galerie. Charaktere aus Schiller's Werken, gezeichnet von Friedrich Pecht und Arthur von Ramberg, Stahlstich von Johann L. Raab

in Werken wie der *Jungfrau von Orléans* oder im *Wilhelm Tell*.

*Der Geist der Welt
zu Gast in Weimar*

Typisch für die Literatur der Moderne ist die Auseinandersetzung mit dem Übergang von der Feudalwirtschaft zur Geldwirtschaft, somit zum Kapitalismus. Goethe widmet sich diesem Thema vor allem im *Götz von Berlichingen* und im *Faust II*. Das Thema beschäftigte ihn aber nicht nur literarisch, sondern auch politisch, zumal er nach seinen ersten großen literarischen Erfolgen 1775 in das kleine Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach übersiedelte. Unter der Ägide des Herzogs Carl August bekleidete er nicht nur das Amt des Theaterdirektors (1791), sondern auch wichtigste politische Ämter, wie jene des Finanzministers (1782) und des Staatsministers (1816). Auch den zehn Jahre jüngeren Schiller zog es nach Thüringen. 1787 übersiedelt jener nach Weimar, 1789 nimmt er eine Professur im benachbarten Jena an, woraufhin sich der Zwergstaat zur kulturellen Hauptstadt der Welt entwickelt. Der Begriff der „Weimarer Klassik“ erinnert heute noch an diese Glanzzeit.

Vor dem Hintergrund von Goethes Kosmopolitismus ist Schillers klares Bekenntnis zur Nationalstaatlichkeit ein wichtiges, aber bei weitem nicht das einzige Unterscheidungsmerkmal. Während die Kosmopoliten an das Diktum des Diogenes „Ich bin ein Bürger der Welt!“ anknüpfen und vom



*Schiller will den Staat durch die Einzelnen
verbessern, nicht umgekehrt.*



Weltfrieden auf Grundlage einer Weltregierung und einer Weltkultur träumen, sieht Schiller die Dinge realistischer. In *Über die ästhetische Erziehung der Menschheit in einer Reihe von Briefen* (1794) beschreibt er seinen Weg der *humanitas*: Nicht durch einen der Natur des Menschen widersprechenden Utopismus, sondern durch bürgerliche Bildung soll sich der Einzelne und dadurch die Gesellschaft peu à peu verbessern, um letztlich einen freiheitlichen Rechtsstaat, der eine Republik sein soll, zu realisieren. Schiller will den Staat durch die Einzelnen verbessern, nicht umgekehrt. Derweil Schillers Idealstaat eine Kulturnation sein soll, schwebt den Kosmopoliten ein absolutes Recht von Ausländern auf Gastfreundschaft, aus der sich die Idee des Asylrechtes ableitet, vor. Mit ihnen besteht Goethe auf einen realen Weltstaat.

Dass Fremdenfreundlichkeit Pflicht sei, kommt am stärksten in Goethes *Iphigenie auf Tauris* zum Ausdruck. Das Werk zählt neben Lessings *Nathan der Weise* und Mozarts *Zauberflöte* zur sogenannten Trilogie deutscher Toleranz. Die drei Werke ergänzen sich: Im *Nathan* (1779) wird die Existenz einer wahren Religion bestritten und in der *Zauberflöte* (1791) verspottet Mozart die katholische Kirche. Letztlich steht Goethes *Iphigenie* (1787) für die Entthronung der Gottheit überhaupt, wie Jeremy Adler analysiert: „Das radikalste Element der *Iphigenie* ist vielleicht die Verdrängung der Götter. (...)

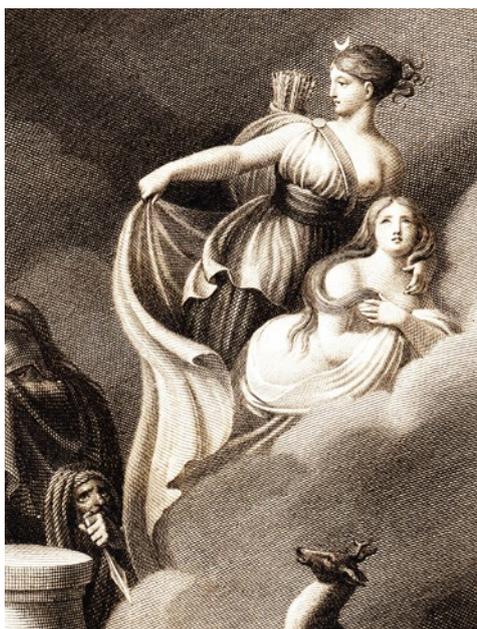


Illustration zu Goethes *Iphigenia auf Tauris*,
im Taschenbuch für das Jahr 1827,
Stich nach Zeichnung von H. Romberg

ein kaum verschleierter Angriff auf das Christentum.“ Dass die *Iphigenie* aus Anlass der Unterzeichnung der Kongressakte des Wiener Kongresses am 9. Juni 1815 in Wien aufgeführt wurde, verdankt das Stück wohl seinem völkerrechtlichen Impetus.

Ein weiteres Stück, das mit dem Wiener Kongress, konkret mit der Niederrichtung Napoleons, in einem sehr deutlichen Zusammenhang steht, ist Schillers *Wilhelm Tell* (1804). Obgleich das gesamte Werk Schiller vom Hass auf Napoleon getragen ist, kommt in keinem anderen die Rechtfertigung von Ty-

rannenmord und (konservativer) Revolution so klar zum Ausdruck wie im *Tell*. Der spätere Sekretär des Wiener Kongresses, Friedrich Gentz, erkannte das propagandistische Potential des *Tell*, seinen Autor lernte er persönlich kennen und schätzen. Goethe hingegen stand er grundsätzlich ablehnend gegenüber. Gentz hielt Goethes Einstellung sogar für ein Übel, beschrieb ihn als „halb Mephistopheles, halb Dichtergenie“ und als „Indifferentist“. Vor diesem Hintergrund überrascht die Stückauswahl vom 9. Juni 1815.

Obgleich Goethe ein großer Verehrer Napoleons war, lehnte er die Französische Revolution als „das schrecklichste aller Ereignisse“ entschieden ab. Er teilte die Ansichten von Edmund Burke in dessen *Betrachtungen über die Französische Revolution* (1790). Dasselbe tat Schiller in seinen *Horen* und in der *Ästhetischen Erziehung*. Diesbezüglich herrschte



*„Ich dachte, mich selbst zu verlieren, und verliere nun einen
Freund und in demselben die Hälfte meines Daseins.“*



zwischen den beiden Konsens. Ein völliger Dissens bestand allerdings im Verhältnis zu Napoleon. Im Zentrum von Schillers Werken steht das Verhältnis individueller Selbstbestimmung und staatlicher Souveränität auf der einen und von Fremdbestimmung und Fremdherrschaft auf der anderen Seite. Im Schatten Napoleons kreisen Schillers Protagonisten um Fragen wie die Zulässigkeit des Tyrannenmordes und die Befreiung vom fremden Joch. Im Hintergrund von alledem steht immer Napoleon, den Schiller so abgrundtief verabscheut, dass er seinen Namen in seinen Werken kein einziges Mal erwähnt.

Völlig anders Goethe: Er traf Napoleon drei Jahre nach Schillers Tod beim Fürstenkongress in Erfurt 1808 und bezeichnete die Begegnung als Sternstunde seines Lebens. Zuvor, 1806, war Napoleon in Berlin einmarschiert und hatte Sachsen-Weimar zu einem Teil des Rheinbundes gemacht, was Goethe nicht als Schmach, sondern als den Höhepunkt seiner politischen Karriere empfunden hatte. Aus Überzeugung setzte er 1807 den *Code Napoléon* auf den Lehrplan. Napoleons Macht gründete sich ausschließlich auf seine Armee, er war weder von Gott noch von seinem Blut her legitimiert, ein „Kaiser“ zu sein. Das Treffen mit dem Dichterkönig Goethe ist vor diesem Hintergrund zu sehen. Es verschaffte Napoleon eine kulturelle Legitimation. Ob die Freundschaft mit dem Nationalschriftsteller Schil-



Goethe, den Schädel Schiller's suchend,
in: Die Gartenlaube, Illustriertes Familienblatt

ler diesem Vorgang standgehalten hätte, darf bezweifelt werden. Durch Schillers frühen Tod werden wir die Antwort nie wissen.

Was wir wissen, ist, dass trotz der tiefgreifenden weltanschaulichen Unterschiede Goethe und Schiller innig verbunden waren. Sie waren Freunde, manche sprechen von einer Art Liebe, welche die beiden verband. Sie bereicherten einander wechselseitig bei der Entstehung ihre Werke. Goethes *Wilhelm Meisters Lehrjahre* und der *Faust I* profitierten von Schil-

ler; dessen *Wallenstein* wiederum von Goethe. Als Schiller 1805 verstarb, fand Goethe rührende Worte: *„Ich dachte, mich selbst zu verlieren, und verliere nun einen Freund und in demselben die Hälfte meines Daseins.“* Mysteriös ist, dass Goethe Schillers Totenschädel am 24. September 1826 für zwei Tage zu sich nach Hause nahm.

Ein Neues Weimar –
ein Versuch

Unbestritten ist, dass der Politiker Goethe ein Mann der Reform gewesen war. Nach dem Wiener Kongress verabschiedete das Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach ein Grundgesetz, das 40% der Bevölkerung das Wahlrecht zusicherte. Im selben Jahr fanden die ersten freien Wahlen für ein (konstitutionelles) Landesparlament in der deutschen



Begegnung Goethes mit Napoleon



„Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts.“



Geschichte statt. Obgleich Goethe die nationale Studentenschaft ablehnte und die Karlsbader Beschlüsse billigte, entwickelte sich Weimar zu einem liberal-konstitutionellen Musterstaat.

In diesem Lichte kann die Gründung der Weimarer Republik rund einhundert Jahre später gesehen werden, wobei Friedrich Ebert, der damalige Vorsitzende der SPD, die treibende Kraft für die Wahl des Ortes gewesen war. Der neue Staat, der auf eine Jahrtausende alte Tradition der Monarchie folgte, war im



Schiller und Goethe im Lengefeld'schen Garten zu Rudolstadt, Holzstich nach Zeichnung von Otto Günther

Schatten des verlorenen Krieges von einer individuellen Orientierungslosigkeit und von einem kollektiven Legitimitätsmangel gekennzeichnet. Der Goethe-Mythos sollte dem entgegenwirken. Er bestand in der Annahme, Goethe habe der Republik ihre Grundsätze gestiftet und sei ihr Schutzherr. Dass das erste Treffen der Nationalversammlung 1919 im Weimarer Theater stattfand, unterstreicht die Sehnsucht nach einem höheren Sinn.

Als ein maßgeblicher Grundsatz der neuen Republik wurde die Beziehung zwischen dem Staats- und dem Völkerrecht gesehen. Vor dem Hintergrund des Goetheschen Kosmopolitismus konstituierte man in Artikel 4 der Weimarer Verfassung die Einheit von

Völkerrecht und einzelstaatlichem Recht: *„Die allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechts gelten als bindende Bestandteile des deutschen Reichsrechts.“* Mit anderen Worten: Der neue Staat beschränkte seine Souveränität von Haus aus und verstand sich als kosmopolitischer Staat – ein Rechtsverständnis, wie es wenig später in Kelsens *„Reiner Rechtslehre“* zum Ausdruck kam.

Dem diametral entgegengesetzt ist jenes Verfassungsdenken, wie es zum Beispiel für Carl Schmitt, der grund-

sätzlich von einer uneingeschränkten Souveränität des Nationalstaates ausgeht, charakteristisch ist. Diese Haltung schlug im Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 durch. Es räumte mit Artikel 4 der Weimarer Verfassung auf und verzichtete auf die Verpflichtung zur Bindung an das Völkerrecht. Vor diesem ideengeschichtlichen Hintergrund wird klar, wie bedeutsam, aber auch prekär, in der Gegenwart der internationale Aspekt ist, jene Frage also, ob sich eine Partei zur kosmopolitischen Unterordnung ihres Staates bekennt oder nicht. Weshalb von Seiten der Kosmopoliten mit nahezu religiösem Eifer gegen die patriotischen Kräfte gehetzt wird.

Beate Haubner

Novus ordo seclorum

Über eine skrupellose Weltmacht und die Macht der Geographie



In jüngster Vergangenheit hat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die Vereinigten Staaten von Amerika scharf kritisiert. Sie seien schuld an der gegenwärtigen Lage Europas, die er vor dem Hintergrund der Migrations- und Energiekrise als doppelt belastet ansieht. In ihrem eigenen Interesse sollte die Europäische Union nicht einseitig an der Seite der Ukrainer stehen, sondern zwischen den Konfliktparteien. Ähnlich scharf geht Henry Kissinger mit seiner Regierung ins Gericht, deren unvorsichtige Politik den Konflikt habe eskalieren lassen.

Ist die Außenpolitik der USA also eine Gefahr für den Weltfrieden? Wenn ja, woran liegt das? Ein lesenswertes Buch hierzu hat Daniele Ganser vorgelegt. Der Fokus von Gansers Arbeiten liegt im Bereich des Kampfes um weltweite Ressourcen, der Geostrategie und der verdeckten Kriegsführung. Er scheut dabei nicht, auch die sprichwörtlich heißen Eisen anzupacken, und sein Thema, der destabilisierende Einfluss der USA auf das Weltgeschehen, kommt nicht von ungefähr.

Keine andere Nation hat seit 1945 so viele andere Länder bombardiert und so viele Regierungen gestürzt wie das „Imperium USA“ – gestützt auf den Dollar, ein beachtliches Atomwaffenarsenal, exorbitante Militärausgaben, die größten Rüstungskonzerne der Welt und an die siebenhundert Militärstützpunkte in fremden Ländern. Was das „Imperium USA“ zusätzlich stärkt, ist die hohe Identifikation des einzelnen Amerikaners mit seiner Nation – ein Gefühl der Zugehörigkeit, das der künstlich geschaffenen EU, die die außenpolitische Gravität ihrer Mitgliedstaaten paralyisiert, ohne selbst ein Faktor zu sein, fremd ist.

Die Zahl der US-amerikanischen Militärniederlassungen führt übrigens Deutschland mit 194 an, gefolgt von Japan mit 121 und Südkorea mit 83. Gleich wie dem Durchschnittsamerikaner nicht bewusst ist, wie viele Soldaten überhaupt sein Land

im Ausland unterhält, ist den meisten Bewohnern dieser Staaten nicht bewusst, dass ihre Heimatländer „besetzt“ sind. Die Legitimierung dafür lag im Kalten Krieg im Kampf gegen die Sowjetunion und den Kommunismus. Seit dieser zusammenbrach, musste immer wieder der Kampf gegen den Terrorismus gehalten, da Terroristen sich aber an jedem Platz der Erde aufhalten können, gilt hier kein geographisch beschränkter Frontverlauf. Der Verdacht drängt sich auf: Militärische Stützpunkte im Ausland dienen schlichtweg der Absicherung einer imperialen Vorherrschaft.

Um ihre Kriege vor der Öffentlichkeit zu verbergen, setzen die USA seit jeher auch auf verdeckte Kriegsführung. US-Geheimdienste und Spezialeinheiten stürzen in Zusammenarbeit mit lokal rekrutierten Söldnern mitunter auch einmal eine fremde Regierung, ohne dass der US-Kongress eine Kriegserklärung verabschiedet hätte. Die Liste verdeckter Kriegshandlungen ist lang. Die Hinrichtung Che Guevaras 1967, die Ermordung General Schneiders in Chile 1970 oder diverse Anschläge auf Fidel Castro schon 1961 sind nur einige klassische Beispiele, die Ganser anführt. Auch die 2022 erfolgte Tötung des Anführers des IS, Abu Ibrahim al-Haschimi al-Quraischi, der, wie es Präsident Biden nennt, „vom Schlachtfeld genommen“ wurde, gehört in diese



USS Intrepid (CV-11)

Liste der Tötungen ohne Gerichtsurteil. Und schon beim Sturz der iranischen Regierung durch die CIA im Jahre 1953 lag das amerikanische Interesse auf der Hand: Damals war das iranische Erdöl der Zankapfel zwischen den USA und Großbritannien. Das Ringen um den bestmöglichen Zugriff auf Rohstoffe zieht sich als roter Faden bis in die Gegenwart.

Mit der „Macht der Geographie“ setzt sich auch ein Kollege Gansers, der britische Journalist Tim Marshall, auseinander. Alle Regierungen unterliegen ihren Zwängen: Berge und Ebenen, Wasser, Sand und Eis setzen ihren Entscheidungsspielräumen ebenso klare Grenzen wie Klima, Demographie und Kulturräume. Geostrategisch sind die USA hierin sehr begünstigt: Beidseits von Ozeanen mit eisfreien Häfen gesäumt, im Norden durch den Kanadischen Schild gut geschützt, ein Netzwerk riesiger schiffbarer Flüsse im Mississippi-Necken und wenige Probleme mit Nachbarstaaten. Nie hat ein Land in jüngerer Zeit den Einmarsch in die USA erwogen.

Einem Invasor stünden freilich auch hunderte Millionen Schusswaffen der einheimischen Bevölkerung gegenüber. Weiters würden die US-Streitkräfte, die Nationalgarde, die Staatspolizei und die städtischen Polizeikräfte, die rasch ähnlich einer Militäreinheit agieren können, das Land hervorragend verteidigen. Dies, während die USA mit militärischen Stützpunkten, Flugzeugträgern und Kriegshäfen geopolitische Fußabdrücke auf der ganzen Welt setzen. Dank geschickter Schachzüge seit dem letzten Jahrhundert präsentieren sich die USA daher als die militärische und ökonomische Nachkriegsmacht schlechthin. Wirtschaft und Krieg hängen dabei eng zusammen: Der größte Waffenhersteller der Welt, der Rüstungsgigant Lockheed Martin, liegt mit Waffenverkäufen im Wert von 45 Mrd. Dollar im Jahr 2017 auf dem ersten Platz. Dahinter folgt der US-Flugzeugbauer Boeing mit Waffenverkäufen im Wert von 26 Mrd. Dollar. Kein Land der Erde gibt nur annähernd so viel für Rüstung und militärische Infrastruktur aus.



Boeing B-52 Stratofortress

Ein Bankengesetz aus dem Jahr 1913 wiederum, der „Federal Reserve Act“, steuert noch heute massiv den Gang der Wirtschaft. Bis heute kann die US-Notenbank der Regierung Geld gegen Zinsen leihen. Bei den Mitgliedsbanken und Eigentümern der FED handelt es sich dabei vorwiegend um private Gesellschaften, die durch das Privileg der Geldschöpfung enorme Machtmittel in Händen halten. Wirkliche Macht konzentriert sich nur im obersten Bruchteil der Bevölkerung. Superreiche werben dabei auch gut ausgebildete Menschen aus der oberen Mittelschicht zur Vertretung ihrer Interessen an. Diese Akteure finden sich in Stiftungen, Anwaltskanzleien, Beratungsfirmen und Medien.

Mit den fünf größten IT-Unternehmen der Welt, die allesamt in den USA beheimatet sind, halten die

USA zusätzlich ein Werkzeug für das digitale Imperium in der Hand. Google, Amazon, Apple, Facebook und Microsoft dirigieren das Leben der Menschen in einem globalen Maßstab. Algorithmen erfassen jeden unserer digitalen Schritte. Im Zusammenhang mit der NSA, der National Security Agency, sammeln die mächtigen US-Technologiekonzerne massenhaft Daten, was erst durch den mutigen Einsatz Edward Snowdens, der die Praktiken der NSA 2013 offenlegte, einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde.

Die Bücher von Daniele Ganser und Tim Marshall sind ein wichtiger Beitrag zum Verständnis dieses geopolitischen Spannungsfeldes, das spätestens seit der Flüchtlingskrise 2015 auch die österreichische Innenpolitik mitbestimmt.

Literatur:

Ganser, Daniele: *Imperium USA. Die skrupellose Weltmacht. Fifty-Fifty*, Frankfurt/Main, 2022.

Marshall, Tim: *Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt*. Dtv Verlagsgesellschaft, 2021.

Adharas Stimme



Zum Abschluss dieser Ausgabe geziemt es sich, gebühlich alles Gute zum Geburtstag zu wünschen, wenn auch das Jubiläum so manche alte Kontroverse neu entflammt hat, die längst in der Geschichte des 20. Jahrhunderts begraben schien. Für seine Anhänger einer der genialsten Außenpolitiker aller Zeiten, für seine Kritiker ein übler Kriegsverbrecher, auf jeden Fall ein Mann, dessen Wort Gewicht hatte und hat: Henry Kissinger, der Ende Mai dieses Jahres 100 Jahre alt geworden ist, gilt als Paradebeispiel eines Vertreters dessen, was auch auf Englisch als „Realpolitik“ bezeichnet wird.

Bereits mit seinem ersten größeren Werk *Nuclear Weapons and Foreign Policy* erregte der damals junge Politikwissenschaftler Aufsehen, indem er anstelle einer auf massive nukleare Vergeltung hin ausgerichteten Doktrin eine flexiblere Politik mit abgestuften Antwortmöglichkeiten in einem Konflikt forderte. Von 1968 bis 1977 hatte Kissinger dann die Möglichkeit, als Nationaler Sicherheitsberater und Außenminister seine akademischen Konzepte in die Realität umzusetzen. Bereits in seiner universitären Laufbahn hatte sich Kissinger immer wieder für ein Gleichgewicht der Mächte entsprechend der Außenpolitik seiner Vorbilder – Fürst Metternich und Lord Castlereagh – ausgesprochen.

Die durch Geheimdiplomatie ermöglichte Annäherung der USA an China war sicherlich ein Höhepunkt

seines Wirkens. Gleichzeitig zeigte sich aber auch die Begrenztheit seiner Möglichkeiten. Das Friedensabkommen zwischen den USA und Nordvietnam, für das er mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, war in Wahrheit ein Eingeständnis des völligen Scheiterns der USA; nur zwei Jahre später fiel ganz Südvietnam. Während das Ausmaß von Kissingers Unterstützung für Diktaturen in Lateinamerika weiterhin teilweise im Dunklen liegt, hat sich die geheime Bombardierung Kambodschas in jeder Hinsicht als Fehlschlag erwiesen, der insbesondere zum Aufstieg der kommunistischen Roten Khmer beigetragen hat. Im Nahen Osten dagegen erwies sich Kissingers Politik des Ausgleichs als dauerhaft, wie der beständige Friede zwischen Israel und Ägypten zeigt.

2014 hat Kissinger seine Vision einer multipolaren Welt noch einmal in seinem Werk, *World Order*, dargelegt; gerade angesichts der derzeitigen Weltlage ein sehr aktuelles Buch. Vielleicht bleibt als letzte Erkenntnis seines Wirkens, dass in der Geopolitik oft nur Variationen an schlechten Lösungen zur Verfügung stehen: Am Ideal des ewigen Weltfriedens gemessen, müsste jeder sich zuletzt als Verbrecher gegen denselben selbst stellen.

In der kommenden Ausgabe unseres Reports werden wir uns mit diesem Ideal näher auseinandersetzen: mit dem ewigen Frieden und – dem ewigen Krieg.

Adhara

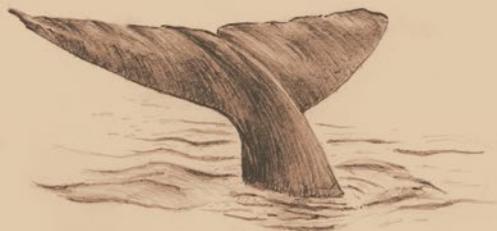
Impressum



Medieninhaber: Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee, Blütenstraße 21/1, A-4040 Linz, Tel.: 0732 736426, E-Post: verein@atterseekreis.at · Herausgeber: ParlRat. Mag. Norbert Nemeth · Redaktionelle Gestaltung: Jörg Mayer, B.A. · Art Director, Bildredakteur: Prof. Dr. Gerhard Rihl

Der Attersee Report behandelt Fragen von gesellschaftlicher und pöltischer Bedeutung. Er ist ein Produkt des Vereins Freiheitlicher Arbeitskreis Attersee. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder und liegen in ihrer Verantwortung. Die Beiträge bewegen sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Meinungsfreiheit. Ausführliche Informationen zu unseren Datenschutzbestimmungen finden Sie unter atterseekreis.at/datenschutz.

Bildnachweis (Abkürzungen: (b)=bearbeitet, WCg=Wikimedia Commons, gemeinfrei): S. 1, 3, 5, 36: EmDee (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Belgique_-_Louvain-la-Neuve_-_Place_des_Wallons_-_09.jpg), Bildcollage von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> · S. 2: Heritage-Images / The Print Collector / akg-images · S. 4, 6-7: akg-images · 10: WCg · S. 11: WCg · S. 15: WCg · S. 4, 16-17: WCg · S. 20: WCg · S. 21: WCg · S. 23: SPÖ Presse und Kommunikation ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:DSC6821_\(6985189098\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:DSC6821_(6985189098).jpg)), „DSC6821 (6985189098)“, Colorgrading von Büro Rihl, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/legalcode> · S. 4, 24-25: akg-images / Glasshouse Images · S. 26: WCg · S. 27: WCg · S. 28: WCg · S. 29: akg-images (b) · S. 30: akg-images · S. 32: Magnussen, Friedrich (1914-1987) ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flugzeugtr%C3%A4ger_INTREPID_\(amerik.\)_\(Kiel_48.955\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Flugzeugtr%C3%A4ger_INTREPID_(amerik.)_(Kiel_48.955).jpg)), „Flugzeugträger INTREPID (amerik.) (Kiel 48.955)“, <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/legalcode> · S. 33: WCg · S. 34-35: Pixabay / Hans · Illustrationen auf S. 1, 15, 23, 34, 36: Büro Rihl



Atterseekreis
frei denken

www.attersee-forum.at

Österreichische Post AG
Sponsoring.Post
14Z040199 S